

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Schluss mit getarnten Abendspaziergängen – der Gemeinderat hat ab sofort die Leistungsverträge zu sistieren sowie bei Anzeichen von Gewalt vor (unbewilligten) Demonstrationen die Reitschule zu schliessen!

Unter dem Logo „gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für eine solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft“ hat sich am letzten Samstag einmal mehr eine sinnlose Zerstörung durch Chaoten auf Berns Strassen und Gassen abgespielt.

Schon vor der unbewilligten Demonstration bestanden klare Anzeichen dafür, dass kein Abendspaziergang stattfinden würde. Gewaltbereite Linksautonome aus der Schweiz, aber auch aus Deutschland und Frankreich sowie der „Schwarze Block“ haben sich angekündigt.

Die „Spaziergänger“ haben neben der eigentlichen Kundgabe gesprayt, Autos demoliert, Kreide gekritzelt. Zudem wurde auch gegen den Staat aufgerufen.

Eine erste (Sach-) Schadensbilanz beläuft sich vorerst auf über hunderttausend Franken. Einmal mehr kam es vor der Reitschule zu wüsten Szenen und belagerungsähnlichen Zuständen.

Es mutet fast schon absurd an, wenn knapp zwei Tage vorher in einem breiten Konsens des Stadtparlaments und in friedlicher Eintracht der Stadtregierung mit der Reitschule Leistungsverträge abgeseget wurden. Darin berappen die Berner Steuerzahlenden die ganze Infrastruktur, die offenbar bestens für die Vorbereitung (und den Rückzug) gewalttätiger Aktionen dienen kann.

Die Randalierer fanden wieder Unterschlupf in der Reitschule und konnten sich so dem Zugriff der Polizei entziehen. Da bedarf es jetzt keiner Ausflüchte des Gemeinderats mehr. Der Worte (und der Deeskalation) sind genug gewechselt!

Diese Verträge sind bloss noch Makulatur.

Naiverweise geht der Gemeinderat davon aus, dass er mit Leistungsverträgen die linksextremen Gruppierungen in der Reitschule kontrollieren könne. Diese machen schlichtweg – mit oder ohne Verträge – was sie wollen. Dagegen ist auch die IKuR machtlos.

1. Unter diesen Vorzeichen hat der Gemeinderat ab sofort sämtliche im Leistungsvertrag mit der Reitschule bewilligten Geldzahlungen der Stadt bis auf weiteres zu sistieren.
2. Die Leistungen werden erst dann wieder bezahlt, wenn die Reitschule und der Gemeinderat dafür besorgt sind, dass keine Rückzugsmöglichkeiten von Chaoten mehr bestehen. Die Reitschule und der Gemeinderat haben sofort ein entsprechendes Konzept vorzulegen.
3. Sofern unmittelbar vor Demonstrationen klare Anzeichen auf Eskalation und Gewalt bestehen, ist die Reitschule durch den Gemeinderat zu schliessen.

Bern, 25. März 2004

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Rudolf Friedli, Peter Bühler, Beat Schori, Margrit Thomet, Vinzenz Bartlome, Erich Ryter, Kurt Hirsbrunner, Peter Bernasconi, Hans Ulrich Gränicher

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die Ausschreitungen und die Gewaltanwendung am antifaschistischen Abendspaziergang vom 20. März 2004 verurteilt. Er bedauert, dass Personen aus der Reitschule vom Geschehen betroffen und teilweise wohl daran beteiligt waren. Dies widerspricht dem allgemeinen Recht, insbesondere aber auch dem Leistungsvertrag mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR), der nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist am 7. Juni 2004 rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Ebenso wurde damit die Vereinbarung über Sicherheit vom 5. November 2003 rechtskräftig.

Der Gemeinderat geht und ging nie davon aus, mit dem Leistungsvertrag könnten Gruppierungen in der Reitschule „kontrolliert“ werden. Er ist jedoch der Auffassung, die Verträge böten dank dem enormen ehrlichen und konstruktiven Engagement der IKuR eine weit bessere Grundlage als bisher, Ausschreitungen in- und ausserhalb des Gebäudes zu reduzieren und ihre Folgen zu begrenzen. Die gewalttätigen Vorkommnisse in der Nacht auf den 11. September 2004 haben diese Erwartung allerdings enttäuscht, auch wenn es gelungen ist, unter hunderten von Besuchern eines Konzerts im Dachstock Ruhe zu bewahren.

Der Gemeinderat hat die für die Beziehung zur Reitschule zuständige Delegation der Stadtverwaltung beauftragt, Massnahmen zur Verbesserung der Lage in der Reitschule und auf dem Vorplatz vorzuschlagen.

Am 22. Februar 2005 genehmigte der Gemeinderat einen Massnahmenplan, der dem Stadtrat in Berichtsform zur Kenntnis gebracht wird. Die Gesamtheit der organisatorischen, technischen und baulichen Massnahmen gibt Anlass zur Zuversicht, dass auf diese Weise in der Reitschule und auf dem Vorplatz ein Zustand hergestellt werden kann, der dem von der Stadt abgeschlossenen Leistungsvertrag entspricht.

Aus Sicht des Gemeinderats besteht aus diesem Grund kein Anlass für eine Sistierung der Leistungsverträge. Erforderlich ist vielmehr, mit den engagierten Aktiven der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule die in Aussicht genommenen Verbesserungen tatkräftig und hartnäckig umzusetzen. In diesem Sinn weist der Vorstoss den falschen Weg.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 27. April 2005

Der Gemeinderat